

## „Anständig“ und „dauernd“. Friedensvorstellungen im bürgerlich-liberalen Widerstand gegen Hitler

„Peace for our time“! Die Worte des britischen Premierministers Neville Chamberlain nach seiner Rückkehr von der „Münchener Konferenz“ Ende September 1938 muten aus heutiger Perspektive naiv und tragisch an. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die weitere Entwicklung, die in den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust mündete, kaum absehbar war. Auch in Deutschland begrüßten sogar einige der späteren Mitglieder des bürgerlichen Widerstands den „Anschluss“ Österreichs und das „Münchener Abkommen“. Entscheidend hierfür waren die vom nationalkonservativen bis zum liberalen Spektrum reichenden Vorstellungen von einem „anständigen“ und „dauernden“ Frieden in Europa.

Der bürgerliche Widerstand gegen Hitler und dessen Pläne für eine neue Friedensordnung in Europa nach Untergang des „Dritten Reiches“ sind in der Vergangenheit gut erforscht worden. Der Fokus lag dabei in der Regel auf den am Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 beteiligten Protagonisten. Politisch standen die führenden Köpfe des Stauffenberg-Attentats insbesondere dem bürgerlich-konservativen und monarchistischen Lager nahe.<sup>1</sup> Zwei der in diesem Zusammenhang ohne Zweifel bedeutsamsten zivilen Widerständler, der frühere Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler und der ehemalige deutsche Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, bemühten sich bereits vor Kriegsausbruch 1939, den Frieden in Europa zu erhalten. Später nahmen sie mit dem westlichen Ausland Kontakt auf, um einen möglichen Friedensschluss zu erörtern.<sup>2</sup> Dabei entwickelten sie detaillierte Neuordnungskonzepte für Europa. Hierin stand ihnen der konservativ-christliche, sozialreformerische Kreisauer Kreis keineswegs nach. Auch die Männer um Helmuth James Graf von Moltke, Peter Yorck von Wartenburg und

1 Zum gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 siehe Peter Hoffmann: *Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*. 4. Aufl. München 1985; Joachim Fest: *Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli*. Neuausgabe Berlin 2004.

2 Hierüber geben insbesondere die Denkschriften Goerdelers sowie Hassells Tagebuchaufzeichnungen Auskunft, vgl. Sabine Gillmann/Hans Mommsen (Hrsg.): *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*. 2 Bde. München 2003 u. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen (Hrsg.): *Die Hassell-Tagebücher 1938-1944. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland*. Berlin 1988.

Adam von Trott zu Solz beschäftigten sich früh mit möglichen Friedenskonzepten.<sup>3</sup>

Bürgerlich-liberale Widerständler rückten dagegen erst vergleichsweise spät und kaum nachhaltig in den Mittelpunkt des Interesses der Widerstandsforschung. An dieser Stelle muss die liberale Robinsohn-Strassmann-Gruppe erwähnt werden, die ebenso wie der bayerische Sperr-Kreis ihre Friedensfühler ins westliche Ausland ausstreckte.<sup>4</sup> Die Gruppe um den letzten bayerischen Gesandten in Berlin, Franz Sperr, sowie den beiden ehemaligen DDP-Reichsministern Otto Geßler und Eduard Hamm trat im Verlauf des Krieges mit einigen der bereits erwähnten bürgerlichen Widerstandskreise in Kontakt. Diskutiert wurden Grundsatzfragen der künftigen Staats- und Regierungsform sowie Sachthemen wie die Wirtschaftspolitik oder das Verhältnis von Kirche und Staat. Ausgeklammert wurden dagegen die Friedensvorstellungen, was erstaunlich ist, weil die anderen Gruppen – nicht zuletzt die am 20. Juli 1944 beteiligten – untereinander regelmäßig dieses Thema anrissen. Es sei vorweggenommen, dass eine Übereinkunft in diesen Fragen für den Sperr-Kreis wohl ein schwieriges Unterfangen gewesen wäre, da die einzelnen Widerstandsgruppen zum Teil höchst unterschiedlichen Friedensvorstellungen anhängen.

Im Folgenden sollen einige Überlegungen zu den Wurzeln und Ausprägungen der Friedensvorstellungen des bürgerlich-liberalen Widerstands gegen Hitler angestellt werden. Exemplarisch werden die Positionen der Liberalen Eduard Hamm und Otto Geßler sowie jene der Robinsohn-Strassmann-Gruppe dargelegt. Als vergleichende Beispiele dienen die Ideen Carl Goerdelers und Ulrich von Hassells sowie die des Kreisauer Kreises. In einem ersten Abschnitt werden zum einen die Rahmenbedingungen beschrieben, vor deren Hintergrund die theoretischen Friedensvorstellungen entstanden. Hier wird die Sicht der handelnden Akteure auf den Versailler Friedensvertrag eine Rolle spielen. Zum anderen werden die Friedensinitiativen der Widerständler im westlichen Ausland geschildert, die ihnen die Bedingungen eines Friedensschlusses und die Perspektiven einer möglichen Nachkriegsordnung in Europa vor Augen führten.

- 3 Zum Kreisauer Kreis als Quellengrundlage weiterhin maßgeblich Roman Bleistein (Hrsg.): Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 1987 sowie Ger van Roon: Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung. München 1967. Zu den Friedensvorstellungen und europäischen Neuordnungspläne der Kreisauer vgl. mehrere Beiträge des Sammelbandes Ulrich Karpen (Hrsg.): Europas Zukunft. Vorstellungen des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke. Heidelberg 2005.
- 4 Vgl. Horst R. Sassin: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934–1942. Hamburg 1993. Zum Sperr-Kreis sei nun auf die Dissertation des Verfassers verwiesen, vgl. Manuel Limbach: Bürger gegen Hitler. Vorgeschichte, Aufbau und Wirken des bayerischen „Sperr-Kreises“. Göttingen 2019.

Anschließend sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei den Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler herausgearbeitet werden.<sup>5</sup> Hierfür werden die als friedenssichernde Maßnahmen entwickelten Konzepte und Ideen in Bezug auf eine Neuordnung Europas, die künftige territoriale Gestalt Deutschlands und die Vorstellungen von den künftigen zwischenstaatlichen Beziehungen untersucht und miteinander verglichen. Hierdurch soll abschließend die Frage beantwortet werden, ob die Herausbildung bestimmter Friedensvorstellungen innerhalb des bürgerlichen Widerstands durch eine bestimmte politische Sozialisation oder gar frühere Parteimitgliedschaft beeinflusst war oder ob nicht andere Faktoren, wie etwa eine generationale Spaltung, eine Rolle spielten.

## I.

Die Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler sind nicht zu trennen von seiner Sicht auf den „Versailler Vertrag“, der ihm sozusagen als Blaupause für die Überzeugung diente, wie ein „anständiger“ und „dauernder“ Frieden nicht auszusehen hatte. Aus Sicht der meisten späteren Mitglieder des bürgerlichen Widerstands, so auch bei den dem politischen Liberalismus nahestehenden, hatte „Versailles“ keinen Frieden geschaffen, sondern vielmehr Deutschland demütigen und künstlich kleinhalten sollen. Entsprechend sprach Eduard Hamm stets vom „Unfrieden von Versailles“.<sup>6</sup> Auch die Wendung vom „Diktat von Versailles“<sup>7</sup> fiel gelegentlich.

Die Revision dieses Friedenskonstrukts schrieben sich viele der späteren bürgerlich-konservativen und bürgerlich-liberalen Widerständler seit den frühen 1920er Jahren auf ihre Fahnen. Ihr Ziel war mit unterschiedlicher Akzentsetzung die Durchsetzung einer neuen, dauerhaften und gerechten Friedensordnung. Dadurch gerieten sie nicht selten in einen inneren Zwiespalt. Schließlich nahm auch Hitler eine Revision des „Versailler Vertrages“ vor. Während sie den NS-Unrechtsstaat in der Regel teilweise früh ablehnten, erblickten deshalb einige in der Außenpolitik des „Dritten Reiches“ eine Übereinstimmung mit den eigenen Vorstellungen. Die Mittel, derer sich Hitler be-

5 Das Wort „bürgerlich“ wird in diesem Beitrag im (parti-)politischen Sinne verstanden. Der Begriff „bürgerlicher Widerstand“ bezieht sich entsprechend auf Widerständler, die aufgrund ihrer Rolle im Kaiserreich und der Weimarer Republik einem bestimmten politischen Lager zwischen linksliberalem und nationalkonservativem Parteienspektrum zuzuordnen sind. Dass sich politische Positionen über frühere Parteigrenzen hinweg annähern bzw. innerhalb einer politischen Strömung differieren können, wird durch die folgenden Ausführungen in Bezug auf die Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands unterstrichen.

6 Eduard Hamm an Pierre Vasseur (5. Oktober 1938), Bayrisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA), NL Hamm 94.

7 Gillmann/Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2), S. 611 u. 665.

diente, klammerten sie dabei häufig aus. Hans Mommsen hat die These aufgestellt, die bürgerlichen Widerständler hätten sich zwar in der Methode, nicht aber in der Zielsetzung von Hitler unterschieden.<sup>8</sup> Diese Ansicht führt aber zu weit. Denn Hitlers Ziel bestand niemals in der Befriedung Europas. Es existierte somit allenfalls teilweise eine Zielparallelität. Allerdings ist Mommsen durchaus zuzustimmen, dass konservative Männer wie Goerdeler und Hassell, aber eben auch – dies sei vorweggenommen – Liberale wie Hamm und Geßler, „trotz aller Bekenntnisse zu einer künftigen europäischen Friedensordnung einem national motivierten Wunschdenken verhaftet blieben“.<sup>9</sup>

Die Zurückweisung von „Versailles“ und die Ablehnung der vermeintlich grenzenlosen Beschränkung des deutschen Selbstbestimmungsrechts kamen besonders stark in jenen Wochen und Monaten zum Vorschein, als das nationalsozialistische Deutschland sich anschickte, offensiv und aggressiv seine nationalen Grenzen auszudehnen.

Eduard Hamm hatte sich ebenso wie Otto Geßler seit Ende der 1920er Jahre in der Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft (DÖAG) für einen nicht nur wirtschaftlichen Zusammenschluss Deutschlands und Österreichs eingesetzt. Stark beeinflusst von Friedrich Naumanns „Mitteleuropa-Idee“ feierte Hamm den „Anschluss“ Österreichs 1938 als „ungeheuren aus- und volkspolitischen Erfolg“.<sup>10</sup> Er sprach von der „genial zupackenden Tat des Führers“ und von einer „’Wendung durch Gottes Fügung!’ im Namen des wahren Rechts“.<sup>11</sup> Er selbst habe „seit jeher deutsche Grösse nur im Einklang aller deutschen Stämme und Einzelstaaten gesehen“.<sup>12</sup> Daher verstand er den „Anschluss“ einerseits als „Endpunkt im Verhältnis zwischen dem Bismarckschen Reich und Deutschösterreich“, andererseits „als Ausgangspunkt neuer Besitzfestigung und -ausweitung des d[eutschen] Volkstums darüber hinaus in Mitteleuropa“.<sup>13</sup>

Ganz in diesem Duktus fiel dann auch Hamms Reaktion auf die Beendigung der so genannten „Sudetenkrise“ aus. Das „Münchener Abkommen“ bezeichnete er als die Grundlage eines „wirklichen inneren Frieden[s]“. Einem französischen Freund schrieb er fast schon überschwänglich: „Lassen

8 Vgl. Hans Mommsen: Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die Überwindung der nationalstaatlichen Gliederungen Europas. In: Ders.: Alternative zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstandes. München 2000, S. 266-283, hier S. 267.

9 Ebd.

10 Eduard Hamm an Friedrich Heilbron (18. März 1938), BayHStA, NL Hamm 85; vgl. zu Hamms Sicht auf die „Mitteleuropa-Idee“ und den „Anschluss“ Österreichs Wolfgang Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und Widerstand. Stuttgart 2018, S. 420-422.

11 Eduard Hamm an Richard Riedl (23. März 1938), BayHStA, NL Hamm 91.

12 Eduard Hamm an Friedrich Heilbron (18. März 1938), BayHStA, NL Hamm 85.

13 Eduard Hamm an Richard Riedl (23. März 1938), BayHStA, NL Hamm 91.

Sie mich Ihnen heute die Hand reichen, dem französischen Patrioten und dem guten Europäer. Großdeutschland, und das mit französischer Zustimmung – welche Wandlung, die nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht gerade hier tiefstes göttliches und menschliches Recht“ zu Grunde gelegt worden wäre.<sup>14</sup>

Auf dem Höhepunkt der so genannten „Appeasementpolitik“ der einstigen Siegermächte erblickte Hamm somit keine diplomatische Schwäche des Westens gegenüber Hitler-Deutschland, sondern einen lobenswerten Schritt in die richtige Richtung. Dies unterschied Hamm von Widerständlern wie dem früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler. Für diesen bedeutete das „Münchener Abkommen“ einen tiefen Rückschlag in seinem zu diesem Zeitpunkt bereits bestehenden Bemühen, Hitler, der aus seiner Sicht eindeutig auf einen Krieg zusteuerte, durch einen Umsturz im Inneren zu entmachten.<sup>15</sup> Dabei darf die Einstellung Goerdelers in diesen Wochen nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch er seit den frühen 1920er Jahren mit aller Kraft für eine Revision des „Versailler Vertrages“ eingetreten war. Und auch er hegte die hoffnungsvolle Erwartung, dass sich England und Frankreich weiter bewegen würden. Nur sollten sie eben nicht Hitler gegenüber nachgeben, mit dessen Politik Goerdeler seit 1933 mehr und mehr in Konflikt geraten war.<sup>16</sup>

Das „Münchener Abkommen“ hatte gezeigt, dass die Bereitschaft des Westens, eine dauerhafte Übereinkunft mit Deutschland zu erzielen, zunächst nicht zwingend an einen Regimewechsel geknüpft war. Allerdings vernahm Otto Geßler – schon einige Jahre aktives Mitglied des bayerischen Sperr-Kreises und in dessen Auftrag ab 1939 auf diversen Friedensmissionen unterwegs<sup>17</sup> – auf einer Reise nach England im Juni 1939 die leise Hoffnung und den Wunsch Englands auf einen Verständigungsfrieden, der einen Krieg verhindern könnte. Ähnlich wie Hamm, missdeutete aber auch Geßler im Gespräch mit britischen Diplomaten die tatsächlichen Absichten Hitlers. Vom deutschen Anspruch auf die abgetretenen Ostgebiete überzeugt, will er erklärt haben: „Auch für uns ist Danzig kein Eroberungszug, sondern die Wiedergutmachung eines durch Wortbruch begangenen Unrechts“, woraufhin Geßler umgehend die schroffe Antwort erhalten habe: „Sie werden kein zweites Versailles bekommen“. Wenn Hitler-Deutschland sich einer Verstan-

14 Eduard Hamm an Pierre Vasseur (5. Oktober 1938), BayHStA, NL Hamm 94.

15 Vgl. hierzu das Kapitel „Septemberverschwörung“ bei Fest: Staatsstreich (wie Anm. 1), S. 76-104.

16 Zu Goerdelers Rolle als Oberbürgermeister von Leipzig siehe Ines Reich: Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat. Köln 1997.

17 Vgl. hierzu jetzt ausführlich Limbach: Bürger gegen Hitler (wie Anm. 4), S. 326-366.

digung verschließe, „sei man entschlossen, mit Hitler und seinen Leuten keinen Frieden zu machen“. <sup>18</sup> Und weiter: „Ihr Vaterland wird zerschlagen“. <sup>19</sup>

Entsprechend bezeichnete Geßler im September 1939 den gerade ausgebrochenen Krieg in einem Schreiben an Theodor Heuss als den „weltgeschichtlichen Kampf um die Neuordnung Europas und der Welt“. Es sei „der alte Streit um die balance of power“ zwischen Deutschland und England, der die Hoffnung auf einen schnellen Frieden in weite Ferne rücken lasse, „wenn England nicht ein[en] Kompromiß such[e]“. <sup>20</sup> Und Eduard Hamm ging etwa um die gleiche Zeit noch einen Schritt weiter. In einem Schreiben an den ständigen Vertreter der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer (IHK), Gerhard Riedberg, schob er im Oktober 1939 die Verantwortung für den Kriegsausbruch eindeutig dem Westen zu:

„Jetzt haben wir die Folge davon, dass Frankreich und England nicht selbst an einer sich aufzwingenden Neuordnung rechtzeitig teilnahmen, sondern trotz Einsicht in die Unhaltbarkeit der ‚Ordnung‘ von Vers. starr ablehnten. [...] Gerade jetzt war der Krieg auch vom Standpunkt der Westmächte widersinnig; entweder früher oder später, wenn wirklich das Reich über die Bereinigung von Versailles und über die Ordnung seines Volksraums und nächsten Umlands hinaus nach der ‚Weltherrschaft‘ langen würde. Bisher fehlt jeder Beweis, dass die politische Konzeption des Führers des Reichs wirklich dahin geht [...]“. <sup>21</sup>

Seine exzellenten Verbindungen nach Frankreich und zur Internationalen Handelskammer suchte Hamm derweil für die Anregung möglicher Friedensvorbereitungen zu nutzen. Daher schrieb er ebenfalls an Riedberg:

„So könnte ich mir denken, dass unter Bekannten der IHK, die erfreulicherweise ja vom Berliner Kongress her auch bei der Reichsregierung gut bekannt und beglaubigt sind namentlich unter neutraler Zusammenführung unverbindliche Gespräche, selbstverständlich nach Verständigung mit der Staatsleitung, geführt werden könnten zu einer Zeit, wo aus irgendwelchen Gründen verbindliche Gespräche zwischen Staatsmännern nicht geführt werden können. Und wenn dann die Kräfte der IHK kräftig für Frieden reden und wirken, tun sie damit nicht nur ihrem eigensten Zweck, sondern der ganzen Menschheit und nicht zuletzt dem Wohl auch Frankreichs und Englands entsprechendes.“ <sup>22</sup>

18 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 13. Juli 1939). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 98.

19 „Eindrücke von einer Reise in England vom 22. Juni bis 7. Juli 1939“ (Manuskript), Bundesarchiv Koblenz, NL Geßler (N 1032) 62.

20 Otto Geßler an Theodor Heuss (Lindenberg, 16. September 1939), auszugsweise abgedr. bei Otto Gessler: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. von Kurt Sendtner. Mit einer Vorbemerkung von Theodor Heuss. Stuttgart 1958, S. 525.

21 Eduard Hamm an Gerhard Riedberg (21. Oktober 1939), BayHStA, NL Hamm 91.

22 Ebd.

Während Hamm sein Glück bei der Internationalen Handelskammer suchte, beteiligte sich Otto Geßler seit Mitte 1939 an den Auslandskontakten des bürgerlichen und militärischen Widerstands, die beim Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und bei Carl Goerdeler zusammenliefen.<sup>23</sup> Ende November 1939 hatte Goerdeler in einem Gespräch mit dem ehemaligen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, erstmals die Überlegung angestellt, den früheren Reichswehrminister Geßler zu veranlassen, „nach Rom zum Vatikan zu fahren, um eine Äußerung des Papstes in dem Sinne, daß er sich immer noch für einen anständigen Frieden einsetzen werde, herzubringen“.<sup>24</sup>

Beide, Hassell und Geßler, bauten sich in jenen Wochen bereits eigenständig ein Netzwerk an Verbindungsleuten im In- und Ausland auf. Der nationalkonservative Hassell war spätestens seit August 1939 fest entschlossen, alles, „was man an Einfluß habe“, gegen einen sich andeutenden Kriegsausbruch einzusetzen.<sup>25</sup> In den Jahren 1940 und 1941 traf er in der Schweiz mehrmals mit britischen Kontaktmännern zusammen. Immer wieder lotete er die Möglichkeiten eines Friedensschlusses aus. Im März 1940 erkundigte er sich danach, ob „Aussichten auf [einen] brauchbaren Frieden vorhanden“ seien.<sup>26</sup> Nach dem Angriff auf Norwegen im April 1940 erörterte er die Frage, ob nach wie vor die Möglichkeit bestehe, mit einem nationalen Deutschland, „das andere politische Methoden wie das jetzige anwende, zu einem anständigen Frieden zu kommen“.<sup>27</sup> Und schließlich erhielt er sogar noch im Februar 1941 die Mitteilung aus England, dass „immer noch ein vernünftiger Friede geschlossen werden könne“.<sup>28</sup>

Hassell benutzte somit zumindest drei verschiedene Attribute für einen möglichen Frieden. Unter „brauchbar“, „anständig“ und „vernünftig“ verstand er ein und dasselbe: einen Kompromissfrieden, und somit das Gegenteil von „Versailles“. Es ging ihm um eine die deutschen Ansprüche befriedigende Lösung. Darauf, wie seine Friedensvorstellungen konkret aussahen und wie sie im Verhältnis zu entsprechenden Positionen der Liberalen im Widerstand standen, wird noch zurückzukommen sein.

Die Auslandsbeziehungen des liberal-konservativen Otto Geßler im Dienste des Sperr-Kreises gestalteten sich ähnlich. Seine Kanäle nach London liefen ebenfalls über die Schweiz und den Vatikan. Der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth erinnerte sich nach 1945, dass Geßler noch vor Weihnach-

23 Vgl. unter anderem Klemens von Klemperer: Die verlassenen Verschwörer. Der deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938–1945. Berlin 1994.

24 Tagebucheintrag (5. Dezember 1939). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 143–147, hier S. 146.

25 Tagebucheintrag (Westerland, 17./18. August 1939). In: ebd., S. 110.

26 Tagebucheintrag (Berlin, 19. März 1940). In: ebd., S. 178–182, hier S. 182.

27 Tagebucheintrag (Arosa, 15. April 1940). In: ebd., S. 188–191, hier S. 189.

28 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 3. Februar 1941). In: ebd., S. 224–229, hier S. 228.

ten 1939 in die Schweiz gekommen sei, um ihm „den Wunsch des General Halder“ – Generalstabschef des Heeres – zu übermitteln, „mit England Fühlung zu nehmen, um zu erfahren, unter welchen Voraussetzungen England bereit sei, mit der deutschen Armee zu einem Waffenstillstand und Frieden zu kommen“.<sup>29</sup>

Wenige Wochen später erhielt Geßler in der Schweiz eine Antwort aus London zwecks Weiterleitung an die unter Umständen zum Umsturz bereiten deutschen Militärs: Es war ein Stillhalteangebot, wonach Großbritannien einen etwaigen Umsturz nicht für die eigenen Kriegsziele ausnützen würde.<sup>30</sup> Allerdings stieß Geßler beim deutschen Generalstab auf taube Ohren. Gegenüber Goerdeler hatte Halder fast um die gleiche Zeit erklärt: „England und Frankreich hätten uns den Krieg erklärt, der nun durchgeschlagen werden müßte; ein Kompromißfriede sei sinnlos.“<sup>31</sup>

Um die gleiche Zeit streckte die liberale Robinsohn-Strassmann-Gruppe ihre Friedensfühler nach England aus. Die Widerstandsgruppe war bereits 1934 unter maßgeblicher Mitwirkung von Hans Robinsohn und Ernst Strassmann entstanden, die beide ehemalige Mitbegründer des DDP-Jugendverbandes, der Jungdemokraten, waren. Die Kontaktaufnahme erfolgte unter anderem über Dänemark, wohin Robinsohn aufgrund seiner jüdischen Herkunft ins Exil geflüchtet war. Die Gruppe stand ebenfalls mit Goerdeler in Verbindung und warb in London um Unterstützung für den bürgerlichen Widerstand in Deutschland. Doch auch ihre Initiative blieb erfolglos.<sup>32</sup>

So verliefen die Friedensbemühungen des bürgerlichen Widerstands der Jahre 1939/40 im Sande. Durch die weiteren Angriffe Deutschlands auf Norwegen, Holland, Belgien und schließlich Frankreich fühlten sich die Engländer in ihrer skeptischen Haltung gegenüber den deutschen Friedensführern bestätigt. Im Januar 1941 gab Premierminister Churchill die interne Weisung der „absolute silence“ heraus, womit weitere Annäherungsversuche von Seiten des deutschen Widerstands von vornherein zum Scheitern verurteilt schienen.<sup>33</sup>

Dies bekamen auch die Männer um Helmuth James Graf von Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenburg und Adam von Trott zu Solz zu spüren. Vor allem Trott trat in jenen Jahren durch seine regelmäßigen Auslandsreisen als „informelle[r], Außenminister“ des deutschen Widerstands gegen Hitler in

29 Joseph Wirth an F. de la Fontaine (Luzern, 24. April 1948), Bundesarchiv Koblenz, NL Wirth (N 1342), Bl. 117.

30 Vgl. Limbach: Bürger gegen Hitler (wie Anm. 4), S. 344.

31 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 6. April 1940). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hasell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 184-188, hier S. 184.

32 Zu den „Verbindungen mit britischen Behörden vor Kriegsbeginn“ vgl. das gleichnamige Kapitel bei Sassini: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 190-195.

33 Vgl. Winston Churchill an Anthony Eden (20. Januar 1941), abgedruckt in Dokumente zur Deutschlandpolitik. Reihe I. Bd. 1, S. 269.



Erscheinung.<sup>34</sup> Über ihn hatte der Kreisauer Kreis spätestens seit 1940 den Versuch unternommen, insbesondere in London seine Widerstandsaktivitäten sowie nicht zuletzt die sich herausbildenden Widerstands- und Neuordnungspläne außenpolitisch abzusichern.<sup>35</sup> Auch den Kreisauern ging es bis zuletzt darum, in Erfahrung zu bringen, wie die Westalliierten auf einen Umsturz in Deutschland reagieren würden.

Mit der Verkündung des alliierten Kriegsziels der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands nach der Konferenz von Casablanca Ende Januar 1943 schwanden innerhalb des bürgerlichen Widerstands die Hoffnungen auf einen „anständigen“ Frieden. Im März 1943 war Ulrich von Hassell überzeugt, dass allein ein Systemwechsel „noch wenigstens die Möglichkeit eines erträglichen Friedens, eine innere Gesundung und eine Genesung Europas bringen könnte“.<sup>36</sup> Man war sich einig, dass man diese Vorleistung erbringen müsse, um Frieden zu erreichen. Umsturzpläne wurden geschmiedet, mehrere Attentatsversuche scheiterten, zuletzt am 20. Juli 1944.

Man schien somit auf Seiten des bürgerlichen Widerstands auf die Kriegslage und die wenig ermutigenden Äußerungen aus dem westlichen Ausland bis zuletzt auch durch eine Modifizierung der ursprünglichen Vorstellungen von einem „anständigen“ und „dauernden“ Frieden reagiert zu haben. Von Beginn an kursierten diverse Vorstellungen über die künftige politische Struktur Europas und die Rolle, die Deutschland hierin spielen sollte. Sämtliche bereits erwähnte bürgerliche Widerständler stimmten darin überein, dass ein engeres Zusammenwirken der europäischen Staaten die notwendige Lehre aus den vorausgegangenen Jahrzehnten sein musste. Darüber, wie weit eine europäische Integration gehen sollte, gingen die Meinungen allerdings auseinander.

34 Mommsen: Der deutsche Widerstand (wie Anm. 8), S. 268.

35 Vgl. zu den vielfältigen Kontakten ins Ausland weiterhin ausführlich Van Roon: Neuordnung im Widerstand (wie Anm. 3), S. 295-344.

36 Tagebucheintrag (Ebenhausen, 6. März 1943). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 349-355, hier S. 349.

## II.

Carl Goerdelers Ideen für „einen wahren und dauerhaften Frieden“<sup>37</sup> für Europa bewegten sich „zwischen territorialer Revision und europäischer Integration“.<sup>38</sup> Die deutschen Erfolge in den ersten beiden Kriegsjahren wiesen in Richtung einer Vormachtstellung Deutschlands in Europa. Aufgrund seiner zentralen Lage, numerischen Stärke und kulturellen Leistungsfähigkeit sei Deutschland dazu auserkoren, die Führung in diesem Europa zu übernehmen.<sup>39</sup> Der frühere Leipziger Oberbürgermeister vertrat die Ansicht, dass „eine vernünftige und glückhafte Entwicklung“ nur durch die Verbindung des „Gedanken[s] der Nationalstaaten mit der Notwendigkeit des Großraumes“ gelingen könne.<sup>40</sup> Für den Erhalt eines dauernden Friedens regte Goerdeler die Errichtung eines europäischen Staatenbundes an. Eine europäische Arbeitsgemeinschaft müsse seinen Mitgliedern „einheitliche Spielregeln“ auf dem Feld der Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik auferlegen.<sup>41</sup>

Ab Mitte 1943 wurden Goerdelers Pläne von einer friedensstiftenden europäischen Wirtschaftsunion konkreter. Ein ständiger Wirtschaftsrat sollte mit Kompetenzen auf den Gebieten Verkehr, Recht, Währung und Zöllen ausgestattet sein.<sup>42</sup> Wichtig für einen dauerhaften Frieden erschien Goerdeler zudem die militärische Abrüstung, die sich jedoch am Verhältnis Europas zu Russland zu orientieren habe.<sup>43</sup> Europa sollte ein Gegengewicht zum asiatischen Kontinent bilden.

Seit 1944 stellte sich Goerdeler den „Bund des ewigen Friedens“<sup>44</sup> nicht mehr ausdrücklich als Verwirklichung eines deutschen Hegemonialanspruchs in Europa vor. Vielmehr war er davon überzeugt, dass nur eine „Politik der Versöhnung der Völker auf der Grundlage der Vertragstreue, der gegenseitigen Achtung, der Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe“ einen „langen

37 „Grundsätze und Ziele der Reichsregierung“ [Jahreswechsel 1942/43]. In: ebd., S. 1024-1032, hier S. 1025.

38 Sabine Gillmann: Die Europapläne Carl Goerdelers. Neuordnungsvorstellungen im nationalkonservativen Widerstand zwischen territorialer Revision und europäischer Integration. In: Thomas Sandkühler (Hrsg.): Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960. Göttingen 2002, S. 77-98.

39 Vgl. „Das Ziel“. In: Gillmann/Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2), S. 889.

40 Vgl. ebd., S. 881.

41 Ebd., S. 889 f.

42 Vgl. „Positionspapier für die britische Regierung“ [19./20.5.1943]. In: ebd., S. 944-949, hier S. 947.

43 Vgl. ebd., S. 948.

44 „Vorgesehene Rundfunkrede nach der Übernahme der Regierungsgewalt“ [Frühsommer 1944]. In: ebd. S. 1036-1045, hier S. 1039.

Frieden bringen“ könne.<sup>45</sup> Dagegen hielt er an seinen frühen Gedanken fest, wonach es bei der Schaffung eines europäischen Staatenbundes lediglich um die Entäußerung jener nationalen Souveränitätsrechte gehen dürfe, „um seine Zwecke wirksam zu machen“.

Gleich Goerdeler nannte Ulrich von Hassell im Februar 1940 gegenüber einem britischen Vertrauensmann als Grundsätze für eine dauernde Befriedung und Gesundung Europas zuallererst „the principle of nationality“.<sup>46</sup> Auch der frühere deutsche Botschafter in Rom war bis weit in den Krieg vom Großmacht- und Hegemonialanspruch Deutschlands in Europa überzeugt. Die „Führungsrolle“ in Europa sollte Deutschland auf dem Wege der „Neuordnung der europäischen Machtverhältnisse“ sowie durch die „wirtschaftliche Durchdringung“ des Kontinents zukommen.<sup>47</sup> Hassell knüpfte damit nahtlos an seine mitteleuropäischen Vorstellungen und Positionen der 1920er Jahre an.<sup>48</sup> Ab Ende 1941 beschäftigte sich Hassell mit der Etablierung eines um das Mittelmeergebiet und Nordafrika erweiterten und von Deutschland dominierten „Großeuropas“, das im Wettkampf mit Asien und Amerika bestehen könne.<sup>49</sup>

Ebenso wie Goerdeler stand auch Hassell in der Tradition der „Weltpolitik“-Idee<sup>50</sup> des ausgehenden 19. Jahrhunderts, die er mit Verlauf des Krieges vom reinen deutschen Machtstaatsdenken auf Europa ausweitete. Für einen Friedensschluss und einen gemeinsamen Neuaufbau Europas erschienen für ihn zwar auch die „Anerkennung gewisser Leit motive“, unter anderem das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung sowie individuelle Freiheitsrechte, notwendig.<sup>51</sup> Allerdings konnten Goerdeler und er mit ihren Friedensvorstellungen bei ihren alliierten Gesprächspartnern nicht durchdringen und kein Vertrauen wecken. Diese sahen in ihnen die alten preußischen Eliten am Werk und befürchteten daher die Rückkehr zum Nationalismus und Militarismus vergangener Tage. Tatsächlich glaubten Goerdeler und Hassell eine „europäische Kooperation ohne Abstriche von der nationalstaatlichen Souveränität Großdeutschlands erreichen zu können“.<sup>52</sup>

45 „Die Aufgaben der deutschen Zukunft“ [Aug. 1944]. In: ebd., S. 1013-1024, hier S. 1019. Hierher stammt auch das folgende Zitat dieses Absatzes.

46 „Wortlaut des von Bryans gewünschten Statements, nach dem von Hassell zurückbehaltenen zweiten Exemplar“. In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 172.

47 Vgl. Gregor Schöllgen: Ulrich von Hassell 1881–1944. Ein Konservativer in der Opposition. München 1990, S. 144.

48 Vgl. ebd., S. 144 f.

49 Vgl. ebd., S. 147.

50 Vgl. Gillmann: Europapläne (wie Anm. 38), S. 97.

51 Vgl. „Wortlaut des von Bryans gewünschten Statements, nach dem von Hassell zurückbehaltenen zweiten Exemplar“. In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 172.

52 Mommsen: Der deutsche Widerstand (wie Anm. 8), S. 270.

Auch die Männer um Helmuth James Graf von Moltke und Adam von Trott zu Solz sahen einzig in der Neuordnung Europas die Möglichkeit für einen dauerhaften Frieden. Sie gehörten jedoch einer Generation an, die außenpolitisch nicht mehr in den unbedingt nationalstaatlichen Kategorien der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg dachte. Im Gegenteil: Sie sprachen sich für die Überwindung des Nationalstaats aus. In Abgrenzung zu Goerdeler und Hassell plädierten die Kreisauer nicht für einen zwar engen, aber stets freiwilligen Zusammenschluss der Nationen, sondern regten die Errichtung eines europäischen Bundesstaates an. Dieser sollte umfangreiche Weisungsbefugnisse gegenüber den Selbstverwaltungseinheiten besitzen, in die die früheren Nationalstaaten, allen voran Deutschland und Frankreich, aufgeteilt werden sollten.<sup>53</sup>

Aus ihrer Sicht konnte eine Überwindung der prognostizierten Auseinandersetzung zwischen Ost und West nur „durch eine eigenständige soziale, wirtschaftliche und politische Neugestaltung“ Europas gelingen.<sup>54</sup> Die Kreisauer Friedensvorstellungen, die sie als „deutsche [...] Friedensideale“<sup>55</sup> überschrieben, forderten eine grundlegende, insbesondere institutionelle Neuordnung Europas und trugen die Grundzüge der späteren Europäischen Gemeinschaft. So plädierten sie etwa für den gleichberechtigten Zusammenschluss aller europäischen Staaten unter Preisgabe bestimmter, festumrissener Souveränitätsrechte auf militärischem, rechtlichem, außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet. Auch sahen sie den Aufbau von Gemeinschaftsorganen vor. Unter anderem sprachen sie sich für die Einrichtung eines europäischen Gerichtshofs aus, der letztinstanzlich die Menschenrechte jedes Europäers ohne Rücksicht auf seine Rassen-, Klassen-, Glaubens- und Volkszugehörigkeit sichern sollte. Daneben schlugen sie die Bildung eines europäischen Rates vor, der die laufenden politischen Geschäfte sowie die Vertretung der europäischen Gemeinschaft nach außen übernehmen sollte.<sup>56</sup>

Retrospektiv muss man die Ideen des Kreisauer Kreises als progressiv, fast schon modern bezeichnen. Ihm ging es um eine nachhaltige Überwindung der nationalen Gegensätze durch den gemeinsamen Aufbau eines europäischen Bundesstaats. Von den Nationalkonservativen hoben sich seine Pläne vor allem durch seine europazentrierte Sichtweise ab. Die Befriedung des europäischen Kontinents war von Beginn an das primäre Ziel seiner außenpolitischen Überlegungen. Die Gruppe rückte also nicht vorrangig die

53 Vgl. Hans Mommsen: Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die Zukunft Europas. In: Karpen: Europas Zukunft (wie Anm. 3), S. 125-134, hier S. 132.

54 „Zur Befriedung Europas“ [vor Jan. 1943]. In: Bleistein (Hrsg.): Dossier (wie Anm. 3), S. 249-260, hier S. 250.

55 Ebd., S. 258.

56 Ebd., S. 258-260.

Befriedigung der Interessen Deutschlands in den Mittelpunkt ihrer Friedensvorstellungen.

Das Hauptwiderstandsziel des liberal-gesinnten, bayerischen Sperr-Kreises bestand in der Errichtung einer „Auffangorganisation“ für eine Zeit nach Untergang des „Dritten Reiches“. Das bedeutet nicht, dass führende Mitglieder wie Eduard Hamm und Otto Geßler sich keine Gedanken über einen Friedensschluss und die Möglichkeiten eines dauerhaften Friedens machten. Im Gegensatz zum Kreisauer Kreis oder Carl Goerdeler mündeten ihre Ansichten derweil nicht in schriftlich fixierte Ausarbeitungen, so dass man ihre Idealvorstellungen von der Neuordnung Europas vor allem anhand ihrer Positionen aus den Jahren der Weimarer Republik und der Frühphase des Krieges herleiten muss.

Gegen Ende der 1920er Jahre hatte Eduard Hamm vor dem Hintergrund von Plänen einer europäischen Zollunion seine „Vision von Europa“<sup>57</sup> verkündet:

„Ein Europa aber, dessen Staaten erkannt haben, wie sie aus voller Wahrung ihrer Souveränität sich stärker aneinanderschließen können, um gemeinsam besser das Beste Europa, nämlich die Kultur ihres eigenen Volkstums mit einem gemeinsamen Grundzug europäischen Denkens und Fühlens aufrechtzuerhalten, scheint mir auch um Deutschlands willen großes Ziel.“<sup>58</sup>

Die Gedanken eines zwar stärker verbundenen Europas, aber mit unbedingt souveränen Mitgliedstaaten, liefen den späteren Vorstellungen etwa des Kreisauer Kreises zuwider. Sie ähnelten hingegen durchaus den Positionen des Nationalkonservativen Goerdeler, der die wirtschaftliche Einigung Europas zum Ausgangspunkt seiner Neuordnungspläne machte. Von der Notwendigkeit großer Wirtschaftsräume war Hamm spätestens seit Mitte der 1920er Jahre überzeugt.<sup>59</sup> Hierzu passend warb er auf der 5. Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung im Februar 1930 in Breslau für die Fortsetzung der „Gedanken einer engeren mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft“. Derweil stand auch hier für ihn fest, dass eine wirtschaftliche Einigung „keine Vermischung der Völker bedeuten“ dürfe: Es solle „vielmehr Mitteleuropa auch in Zukunft eine Stätte starker Volkspersönlichkeiten nebeneinander sein, und seine wirtschaftliche Stärke [...] nicht zuletzt der Erhaltung und Erstarkung seiner eigenen Volkspersönlichkeiten dienen“.<sup>60</sup>

Zudem schien Hamm unter dem Eindruck der so genannten „Abendland-Idee“ gestanden zu haben. Der bereits erwähnte Gerhard Riedberg zitierte

57 Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum (wie Anm. 10), S. 248.

58 Zit. n. ebd., S. 248 f.

59 Ebd., S. 255.

60 Eduard Hamm: Grundlagen und Wege eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks. In: Mitteleuropäische Wirtschaftspolitik I (1930), S. 59-68, hier S. 67.

nach 1945 eine Bemerkung Hamms aus dem Jahr 1928, wonach „die kulturelle Wohlfahrt Europas [...] von seiner wirtschaftlichen Stärke“ abhängt: „Soll das Wort vom Untergang des Abendlands kulturell nicht wahr werden, darf es auch wirtschaftlich nicht wahr werden.“<sup>61</sup> Vor allem die gemeinsame humanistische Bildung und das Christentum betrachte Hamm als die Grundlagen der europäischen Kultur.<sup>62</sup> Für eine europäische Rückbesinnung und stärkere Betonung dieser beiden Säulen dürfte er auch für die Zeit nach Untergang des „Dritten Reiches“ eingetreten sein. Der Idee einer kulturellen Erneuerung des abendländischen Erbes von Europa hingen wiederum auch Teile des Kreissauer Kreises an.<sup>63</sup>

Auf einer Tagung der „Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ in Wien sprach Otto Geßler 1937 offen über seine Sicht auf Europa und die Rolle Deutschlands zu diesem Zeitpunkt. Für ihn stand fest, dass es im Vertrag von St. Germain 1920 darum gegangen sei, „das deutsche Volk im Ganzen, trotz aller feierlichen Zusagen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, für immer niederzuhalten.“<sup>64</sup> Nun da sich Deutschland bereits über Bestimmungen des Versailler Vertrages hinweggesetzt hatte, forderte Geßler als Grundlage „für eine echte europäische Befriedung“ ein Einlenken der europäischen Mächte im Hinblick auf die deutsche Selbstbestimmung. Deutschland werde sich künftig nicht mehr nur mit seiner Rolle als passive Kraft in Europa abfinden. Wie Jahrzehnte zuvor unter Bismarck der „mitteleuropäische Ohnmachtsraum“ zu einem „Kraftfeld allerersten Ranges“ geworden sei und damit in Geßlers Augen zu einer „Friedenssicherung allerersten Ranges“ beigetragen habe, so sei es nun an der Zeit, dass England und Frankreich ihre Auffassung des alten europäischen Gleichgewichts aufgeben, das deutsche Selbstbestimmungsrecht akzeptierten und somit vor dem Hintergrund der Machtverschiebungen in der Welt eine neue, stabile europäische Ordnung erst ermöglichen.

Geßler forderte damit für Deutschland nichts weniger als eine Hegemonialstellung in Europa ein, die aus seiner Sicht jedoch Europa zu Gute kom-

61 Zit. n. Gerhard Riedberg: Eduard Hamm's Wirken in der Internationalen Handelskammer (Stockholm, 20. Oktober 1946), BayHStA, NL Hamm 42. Eduard Hamm war in den Jahren 1925 bis 1931 als Interessensvertreter der deutschen Wirtschaft intensiv in die deutsche Außenwirtschaftspolitik eingebunden. Als Geschäftsführer der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer forcierte er seit 1927 seine Bemühungen, eine Liberalisierung insbesondere des europäischen Handelsverkehrs zu erreichen. Dies alles scheiterte allerdings an den „protektionistischen Widerständen überall in Europa“ (vgl. Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum (wie Anm. 10), S. 235-250, hier S. 247 f).

62 Vgl. Gertrud Hardtwig-Hamm: Aus der privaten Lebenssphäre von Eduard Hamm (Frühjahr 1947), BayHStA, NL Hamm 110.

63 Vgl. Mommsen: Der deutsche Widerstand (wie Anm. 53), S. 132.

64 Otto Geßler: Das deutsche Volk und die europäische Ordnung. Rede gehalten am 8.3.1937 auf der Tagung der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft in Wien. München 1937. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

men solle. Ebenso wie die Nationalkonservativen Goerdeler und Hassell waren auch die älteren Liberalen im Widerstand gegen Hitler durch die Weltpolitik der Jahrhundertwende geprägt und standen dem durch Friedrich Naumann mit entworfenen Konzept des „liberalen Imperialismus“ nahe.<sup>65</sup> Ihre in den ersten Monaten des Krieges offenbarte ambivalente Einstellung zu Hitlers Außenpolitik lässt sich durch diese politische Prägung erklären. Hamm sehnte um diese Zeit „einen dauernden Frieden Europas nicht auf der Grundlage des fragwürdigen Gleichgewichts, sondern einer inneren Verständigung der Völker über Lebensrecht und Lebensraum“ herbei.<sup>66</sup>

Hamm schien damit zugleich an seinen frühen Idealvorstellungen eines losen Staatenbundes festzuhalten. Für Geßler und ihn stand offenbar das deutsch-französische Verhältnis im Zentrum ihrer Überlegungen. Eine Verständigung dieser beiden Nationen betrachtete Hamm stets als Grundlage einer Erneuerung Europas.<sup>67</sup>

Den Richtungsstreit, der zwischen der nationalkonservativen Goerdeler-Gruppe und dem Kreisauer Kreis in einigen Fragen der Neuordnung vorlag, betrachtete Hassell bereits zeitgenössisch als Konflikt unterschiedlicher Generationen.<sup>68</sup> Eine generationale Spaltung innerhalb des bürgerlich-liberalen Widerstands wird durch den Vergleich der friedens- und europapolitischen Vorstellungen der Männer um Hamm und Geßler mit der liberal gesinnten Robinsohn-Strassmann-Gruppe ebenfalls deutlich. Die Männer um Hans Robinsohn und Ernst Strassmann traten spätestens seit 1937 für eine „gesamt-europäische Außenpolitik“ ein.<sup>69</sup> Im NS-Regime erblickten sie „das größte Hindernis für die Wiederkehr geordneter europäischer Zustände“<sup>70</sup> und sahen zugleich im Frieden die „unbedingte Voraussetzung jeder weiteren Politik“.<sup>71</sup> Eine auf Hitler folgende deutsche Regierung werde auf eine „Politik eines großen, föderativ gegliederten Mitteleuropa[s]“ einschwenken müssen, so eine Denkschrift vom März 1939.<sup>72</sup>

65 Vgl. den Sammelband Karl Holl/Günther List (Hrsg.): *Liberalismus und imperialistischer Staat*. Göttingen 1975.

66 Eduard Hamm an Gerhard Riedberg (21. Oktober 1939), BayHStA, NL Hamm 91.

67 Vgl. Gerhard Riedberg: *Eduard Hamm's Wirken in der Internationalen Handelskammer* (Stockholm, 20. Oktober 1946), BayHStA, NL Hamm 42.

68 Eindrücklich hierzu die Notiz Hassells über ein Treffen vom Januar 1943, wo er die Gesprächsteilnehmer in die „Jungen“ und die „Alten“ einteilt (vgl. Tagebucheintrag (Ebenhausen, 20. Januar 1943). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): *Die Hassell-Tagebücher* (wie Anm. 2), S. 345-347, hier S. 347).

69 Sassin: *Liberale im Widerstand* (wie Anm. 4), S. 63.

70 Zit. n. ebd., S. 63.

71 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12“ ebd., S. 345-370, hier S. 349.

72 Achter Bericht Robinsohns, abgedruckt als „Dokument Nr. 9“ bei ebd., S. 319-329, hier 324.

In ihren Augen durfte der Friede aber nicht bloß „Endpunkt des Krieges“ sein, sondern sei „Ausgangspunkt einer Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen auf ein bestimmtes Endziel“.<sup>73</sup> Das Ziel müsse dabei „das gleichberechtigte und freie Zusammenleben der in Bundes- oder Nationalstaaten vereinten europäischen Völker in und unter einer europäischen Staatenföderation“ sein. Hierfür sei eine Modifizierung des „Begriffs einer absoluten Staatensouveränität“ zwingend notwendig: „Kein Staat kann Mitglied der europäischen Staatenföderation sein und seine uneingeschränkte Souveränität behalten.“

Der noch durch die Verträge von 1919/1920 gestärkten Idee des Nationalstaats erteilte die Gruppe im Hinblick auf das künftige Europa eine deutliche Abfuhr: „Die Zusammenfassung mehrerer Gebiete mit verschiedenen in ihnen lebenden Völkerschaften zu größeren dauerhaften, wirtschaftlich und sozial lebensfähigen Bundesstaatsgebilden ist eine absolute Voraussetzung, um der europäischen Anarchie ein Ende zu bereiten“, hieß es entsprechend in einer Denkschrift Robinsohns vom Dezember 1941.<sup>74</sup>

Horst Sassin spricht im Hinblick auf die friedens- und europapolitischen Positionen der Robinsohn-Strassmann-Gruppe treffend von einem „europäisch eingebetteten Patriotismus“, der sich eindeutig vom „maßlosen Chauvinismus der Nationalsozialisten“ unterschied,<sup>75</sup> aber – und das wäre nach den oben stehenden Ausführungen zu ergänzen – sich auch von der nationalkonservativen Spielart des bürgerlichen Widerstands und darüber hinaus von den Positionen älterer Liberaler, namentlich von denen Eduard Hamms und Otto Geßlers, abhob.

### III.

Bei der Frage der künftigen territorialen Gestalt Deutschlands ging es für die Mitglieder des bürgerlichen Widerstands um die Abwägung, ob die Befriedung Europas und der Welt an erster Stelle stehen müsse, oder ob man der Genugtuung deutscher Ansprüche, zum Teil deutscher Großmachtwünsche, nach wie vor zumindest gleichrangige Bedeutung beimessen müsse.

Auf die Grenzen des zukünftigen Deutschlands ging Carl Goerdeler konkret in einem Positionspapier für die britische Regierung vom Mai 1943 ein. Während er im Westen „die Sprachgrenze“ als jene betrachtete, die „gerecht“ sei und Frieden verspreche, plädierte er im Osten für eine Festsetzung

73 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12“ ebd., S. 345-370, hier S. 349. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

74 Ebd., S. 350.

75 Sassin: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 66.



der deutsch-polnischen Grenze durch Verhandlung.<sup>76</sup> Wenn es nach ihm ginge, würde es zu einer territorialen Verschiebung Polens nach Osten kommen, inklusive der von Russland zu Beginn des Krieges okkupierten Gebiete. Deutschland sei bereit, für diese polnische Ostgrenze zu kämpfen: „Denn westlich dieser Grenze muß sich die europäische Interessen- und Kulturgemeinschaft bilden, unter deren Mitgliedern es nie wieder Krieg geben darf.“<sup>77</sup>

In Gestapo-Haft wurden Goerdelers diesbezügliche Vorstellungen im September 1944 noch konkreter: Für Deutschland dachte er sich nun etwa die Grenzen von 1914. Zusätzlich sollten Österreich, das Sudetenland sowie Süd-Tirol bis Bozen-Meran dem Reich zugeschlagen werden. Über den Status von Elsass-Lothringen sollte derweil gemeindeweise im Zuge einer Volksabstimmung entschieden werden. Polen solle als souveräner Staat zwischen deutscher Ost- und russischer Westgrenze existieren, während der ehemals polnische Korridor „als Trennung deutscher Gebiete unhaltbar“ sei und deshalb zu Deutschland kommen müsse. Hierfür sei eine „ruhige Umsiedlung zu echten Volksgrenzen“ notwendig.<sup>78</sup>

Ulrich von Hassell forderte im Februar 1940 gegenüber London für den Fall eines Friedensschlusses eine weitestgehende Befriedigung der deutschen Gebietsansprüche. Als Verfechter des „Mitteleuropa-Gedankens“ standen für den Botschafter a. D. der „Anschluss“ Österreichs und auch der Verbleib des Sudetenlandes nicht zur Disposition. Die Grenze im Osten solle im Falle eines Friedensschlusses im Wesentlichen mit derjenigen von 1914 übereinstimmen, wobei Hassell sich abweichend davon für die Wiederherstellung eines unabhängigen Polens und einer tschechischen Republik aussprach.<sup>79</sup> Gleich Goerdeler hielt also auch Hassell in Bezug auf die territoriale Gestalt Deutschlands nach erfolgtem Friedensschluss an seinen Großmachtvorstellungen fest.

Nach Ansicht des Kreisauer Kreises werde das bestehende Kriegschaos zunächst allgemein anerkannte Grenzziehungen in Europa nach Einstellung der Kampfhandlungen verhindern. Daher plädierte der Kreis für einen „Zwischenzustand“, in dem der Kontinent nach Völkern bzw. Volksgruppen „nötigenfalls unter einer rohen vorläufigen Grenzziehung“ aufzuteilen sei.<sup>80</sup> In

76 „Positionspapier für die britische Regierung“ [19./20.5.1943]. In: Gillmann/Mommsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2), S. 944-949, hier S. 947.

77 Ebd.

78 „Gedanken eines zum Tode Verurteilten über die deutsche Zukunft“ [Sept. 1944]. In: ebd., S. 1148-1189, hier S. 1179.

79 Vgl. „Wortlaut des von Bryans gewünschten Statements, nach dem von Hassell zurückbehaltenen zweiten Exemplar“. In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 172.

80 „Das europäische Verfassungsproblem“ [o. Dat.]. In: Bleistein (Hrsg.): Dossier (wie Anm. 3), S. 260-269, hier S. 265.

ihrem „Vorschlag für eine vorläufige Einteilung“ tauchen neben Deutschland 23 weitere Länder auf.<sup>81</sup> Ein eigenständiges Polen war hiernach vorgesehen. Die Aussöhnung mit den Polen war ebenso wie die Verständigung mit Frankreich ohnehin eine Konstante im Denken des Kreisauer Kreises. Den Ausgleich mit den beiden Nachbarn sah man als „das stabile, auf Dauer eingerichtete Fundament des künftigen Europa“ an.<sup>82</sup> Helmuth James Graf von Moltke war zudem offenbar bereit, den Verlust seiner Heimat Schlesien an Polen zu akzeptieren.<sup>83</sup> Das unterschied ihn von dem gleichsam durch die in Versailles festgelegten östlichen Gebietsabtretungen persönlich betroffenen Carl Goerdeler. Österreich tauchte in der europäischen Länderliste der Kreisauer nicht auf. Moltke schien davon auszugehen, dass sich Österreich freiwillig für Deutschland entscheiden werde.<sup>84</sup>

Welche Position nahmen die liberalen Widerständler in der Grenzfrage ein? Eduard Hamm und Otto Geßler hegten lange Zeit die Hoffnung, Verständnis für die aus ihrer Sicht berechtigten deutschen Bedürfnisse und Wünsche zu erlangen, um schließlich zu einem wahren Frieden in Europa zu kommen. Was die territoriale Gestalt Deutschlands nach einem möglichen Friedensschluss betraf, hielten die ehemaligen liberalen Politiker an ihren großdeutschen Hegemonialvorstellungen in Mitteleuropa fest. Gleich der Mehrheit der nationalkonservativen Widerständler<sup>85</sup> spielte auch im Denken Hamms spätestens seit 1925 die Relevanz von wirtschaftlichen Großräumen eine große Rolle. Ab diesem Zeitpunkt setzte er sich nicht zuletzt in seiner Funktion als geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstags für den Abbau von Handelshemmnissen im Donauraum ein, um auf eine Vereinigung Mitteleuropas hinzuwirken und gleichzeitig die deutsche Außenpolitik in diese Richtung hin zu beeinflussen.<sup>86</sup> In diesem Zusammenhang stand auch sein stetes Engagement für die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft (DÖAG), an deren Spitze sein Freund Geßler 1934 treten sollte.

Eduard Hamm blieb auch nach Ausbruch des Krieges 1939 von den „elementaren Tatsachen der Völkerkarte in Europa und dem deutschen Bevölkerungsblock in Mitteleuropa überzeugt“.<sup>87</sup> Im Oktober 1939 spielte er das

81 Vgl. ebd., S. 266.

82 So der ehemalige SPD-Politiker Theo Haubach (zit. n. Van Roon: Neuordnung im Widerstand (wie Anm. 3), S. 458).

83 Vgl. Klaus Hildebrand: Die ostpolitischen Vorstellungen im deutschen Widerstand. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 29 (1978), S. 213-241, hier S. 222.

84 Vgl. ebd., S. 227.

85 Vgl. Mommsen: Widerstand gegen Hitler (wie Anm. 53), S. 127.

86 Tatsächlich ist noch in der Amtszeit Stresemanns, der sich zumindest offiziell zu den „Mitteleuropa“-Projekten lange Zeit auf Distanz hielt, eine Schwerpunktverlagerung der deutschen Außenpolitik hin zum südost- und osteuropäischen Raum feststellbar, vgl. Hardtwig: Freiheitliches Bürgertum (wie Anm. 10), S. 254.

87 Eduard Hamm an Gerhard Riedberg (21. Oktober 1939), BayHStA, NL Hamm 91.

Szenario eines langen Krieges durch, der „nach der Hoffnung der Feinde“ mit einer „Erschöpfung Deutschlands“ enden würde.<sup>88</sup> In diesem Falle befürchtete er die Rückkehr zu den Gedanken, „dass Deutschland um der Sicherheit Frankreichs und der Ruhe Europas willen zerstückelt, entwaflnet [innerlich] schwach und zwiespältig gehalten und äusserlich von französischen Bundesgenossen umstellt sein müsse“. Denn dies werde seines Erachtens am „Dauerschicksal Europas“ nichts ändern. Vielmehr werde „das deutsche Problem [...] am andern Tag wieder dastehen und der unbezwingbare Drang zur Einheit und Freiheit“ weiter existieren. England aber werde seinen Großmachtstatus, den Hamm insbesondere in dessen Finanz- und Handelskraft erblickte, nachhaltig gegenüber Amerika und Asien einbüßen und Frankreich endgültig aufzehren. Hieraus schlussfolgerte Hamm, dass es im Krieg zwischen den europäischen Ländern nur einen „sicheren Besiegten“, nämlich Europa, und einen „sicheren Sieger“, nämlich Asien, geben werde. Ein die deutschen Interessen berücksichtigender Friede – darauf lief Hamms Argumentation hinaus – müsse somit im eigenen Interesse der europäischen Kriegsgegner liegen.

Inwiefern Hamm angesichts der sich abzeichnenden Niederlage Deutschlands und vor dem Hintergrund der alliierten Forderung einer „bedingungslosen Kapitulation“ an seinen großdeutschen Vorstellungen festhielt, lässt sich nur noch vermuten. Zumindest bis Ende Dezember 1941 sah er etwa Polen weiterhin als „kerndeutsches Gebiet“ an.<sup>89</sup> In dieser Hinsicht lag er ganz auf der Linie der Nationalkonservativen Goerdeler und Hassell und in eindeutigem Widerspruch zu den Kreisauern. Wenn auch programmatische Aussagen und Positionen hierzu fehlen, ist somit anzunehmen, dass Hamm sich nach dem Krieg für eine die kulturelle Schaffenskraft und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entsprechende räumliche Größe Deutschlands eingesetzt hätte.

Otto Geßler fühlte sich indessen nach 1945 in der damaligen Einschätzung der Lage bestätigt. Er bedauerte zutiefst, dass Hitler „wohl für immer eine gemeindeutsche Zukunft verspielt“ hatte. Deutschland werde „zu zwei oder drei Vasallenstaaten zerfallen bis sich das Schicksal Europas [...] erfüllt: Ex oriente lux! An den Komposthaufen der abendländischen Moral kann ich nicht mehr glauben, von hier kommt keine Erneuerung mehr“.<sup>90</sup> Geßler hob in diesen Zeilen die nationale Bedeutung Deutschlands für Europa hervor, indem er das Schicksal des Kontinents, an die territoriale Integrität des Reiches knüpfte und prophezeite, dass im Falle einer Zerschlagung Deutschlands die Zukunft dem Osten gehören werde. Zugleich verwies er

88 Ebd. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

89 Eduard Hamm an Erwin Hardtwig (4. Dezember 1941), BayHStA, NL Hamm 143.

90 Otto Geßler an Nelly Planck (Lindenberg im Allgäu, 12. Juli 1948), Staatsbibliothek Berlin, NL Planck (NL 334) 114.

auf die verspielte „gemeindeutsche Zukunft“, woraus sich schließen lässt, dass er auch nach 1945 an seiner großdeutschen Überzeugung festhielt.

Was die territoriale Gestalt Deutschlands anbelangte, forderte auch die liberale Robinsohn-Strassmann-Gruppe zumindest eine Rückkehr zu den Grenzen Deutschlands von Ende 1938, also ein Deutsches Reich mit Österreich und dem Sudetenland.<sup>91</sup> Volksabstimmungen sollten letztlich über einen Verbleib im Reich entscheiden. Ansonsten sprach sich die Gruppe für die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen aus. Wenn sie auch Danzig und den Korridor als Fehlkonstruktionen bzw. Mängel von „Versailles“ betrachtete, sah sie eine zwingende Voraussetzung für die Durchsetzung des Gedankens einer europäischen Einheit in der Überwindung des deutsch-polnischen Gegensatzes. Hans Robinsohn betonte deshalb Ende 1941, dass die „Anerkennung eines dauerhaften polnischen Staates [...] im deutschen Interesse“ liege.<sup>92</sup> Ähnlich dachte die Gruppe bezüglich der deutsch-französischen Erbfeindschaft. Es gebe „kein dringenderes Ziel der deutschen Außenpolitik, als das französische Mißtrauen zu beseitigen“.<sup>93</sup> Das Vertrauen der Kriegsgegner gegenüber dem entworfenen „neuen“ Deutschland zu wecken, stand nicht nur für die Mitglieder der Robinsohn-Straßmann-Gruppe im Mittelpunkt ihrer Friedensvorstellungen.

#### IV.

Die Friedensverträge von Versailles 1919 und St. Germain 1920 wurden insbesondere aufgrund ihrer die Selbstbestimmungsrechte des deutschen Volkes einschränkenden und die alleinige Kriegsschuld Deutschlands feststellenden Punkte von den späteren Mitgliedern des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler abgelehnt. Dabei waren es nicht nur die konkreten Bestimmungen, die von Beginn an als Belastung für den Frieden empfunden wurden, sondern ebenso das hiermit einhergehende Misstrauen gegenüber dem deutschen Volk und seinen gewählten Vertretern. Die künftigen zwischenstaatlichen Beziehungen waren deshalb ein entscheidendes Element der Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler.

In deutlicher Abgrenzung zum Versailler Vertrag betonte Carl Goerdeler um die Jahreswende 1942/43 die Notwendigkeit, einer neuen deutschen Regierung Vertrauen und Achtung entgegenzubringen:

91 Vgl. hierzu und im Folgenden Sassini: Liberale im Widerstand (wie Anm. 4), S. 65 f.

92 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12“ ebd., S. 345-370, hier S. 352.

93 Ebd., S. 351.

„Nur eine von gegenseitigem Vertrauen erfüllte Welt ist fähig, einen Frieden herzustellen, der den ungeheuren Opfern würdig ist, dem Leben eine wahre und dauerhafte Grundlage zu geben, die den Namen Frieden verdient und nach dem Unglück dieses Krieges zu vermeiden, daß ihm das noch schlimmere Unheil eines verfehlten Friedens folgt.“<sup>94</sup>

Zum Frieden sei die neue Reichsregierung bereit und wisse doch, dass es nicht allein auf ihre Friedensbereitschaft ankomme. Deshalb betonte Goerdeler, eine neue deutsche Regierung werde „an alle Möglichkeiten anknüpfen, die aus den Äußerungen der gegnerischen Staatsmänner über die Zukunft der Welt hervorgehen, um ihren Willen zu einem dauerhaften Frieden kundtun, der allen Völkern den Weg öffnet, in Freiheit und gegenseitiger Achtung miteinander zu leben.“<sup>95</sup>

Entschieden trat Goerdeler jedoch angeblichen polnischen Forderungen einer Einverleibung Ostpreußens und Teilen Schlesiens entgegen: Wenn solche Forderungen tatsächlich gestellt würden, dann müsse „man schwarz in die Zukunft Europas und der weißen Völker sehen“.<sup>96</sup> Denn die Zukunft Europas könne „nur auf ihrem freien Bund, auf Selbständigkeit und Achtung, nicht auf neue Entwürdigung gegründet werden“. Selbstverständlich werde man Hitler und seine Mitverbrecher zur Rechenschaft ziehen, aber ansonsten die eigene „Selbständigkeit verteidigen“.

Ulrich von Hassell verbat sich 1941 in einem Gespräch mit dem Schweizer Historiker und Diplomaten Carl Burckhardt jegliches Einmischen der westlichen Kriegsgegner in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Vor allem die Frage der künftigen Regierungsform gehe allein die Deutschen etwas an: „Jedes Fordern eines deutschen Regimewechsels von der Feindtribüne“ aus sei zudem ein „taktischer Fehler“.<sup>97</sup> Außerdem dürfe es nicht zu einer „Identifikation“, einer Gleichsetzung Deutschlands mit dem „System“, mit dem NS-Regime kommen. Hier spielte Hassell auf eine schon längere Zeit von ihm beobachtete Entwicklung an, die nun aus Punkt 8 der Atlantik-Charta herausgelesen werden könnte. Hier sei das Ziel der „militärischen Unschädlichmachung ‚gewisser Nationen‘“ benannt worden,<sup>98</sup> eine Forde-

94 „Grundsätze und Ziele der Reichsregierung“ [Jahreswechsel 1942/43]. In: Gillmann/Mommmsen (Hrsg.): Politische Schriften (wie Anm. 2), S. 1024-1032, hier S. 1025.

95 Ebd., S. 1032.

96 „Positionspapier für die britische Regierung“ [19./20.5.1943]. In: ebd., S. 949. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

97 Vgl. Tagebucheintrag (Ebenhausen, 13. August 1941). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 267-271, hier S. 267.

98 Im Originaltext der Atlantik-Charta vom 14. August 1941 war die Rede von der „disarmament of such nations“, die über ihre Grenzen hinaus mit dem Einsatz von Waffen zu Angriffszwecken drohen oder gedroht haben. Die Entwaffnung müsste zunächst einseitig geschehen, bis die Schaffung eines „wider and permanent system of general security“ vollzogen worden sei, zitiert nach „Die Atlantik-Charta“ vom 14. August 1941. In: Peter Opitz/Volker Rittberger (Hrsg.): Forum der Welt. 40 Jahre Vereinte Nationen. Bonn 1986, S. 316.

rung, die ebenso wie die spätere Losung der „bedingungslosen Kapitulation“ dem deutschen Widerstand Schwierigkeiten bereitete. Hassells Befürchtung klang einleuchtend: Die unter Umständen zum Umsturz bereiten Generale könnten hieraus den Schluss ziehen, dass eine Regimeänderung nichts nütze, da der Gegner auch einer Nachfolgeregierung nicht über den Weg trauen und vielmehr die Vernichtung Deutschlands im Sinn haben würde. „Jede vernünftige Friedenschance“ werde hierdurch vergeben, so Hassell gegenüber Burckhardt. Dabei stelle seiner Ansicht nach das „nationale Deutschland“, zu dem er sich offenbar auch zählte, „sehr maßvolle Forderungen“. <sup>99</sup>

Natürlich sorgte auch innerhalb des Kreisauer-Kreises der alliierte Beschluss der „bedingungslosen Kapitulation“ zeitweise für eine gewisse Ratlosigkeit. Eugen Gerstenmaier erinnerte sich später, dass man sich im Juni 1943 die Frage gestellt habe, ob man womöglich „mit den Sowjets zu besseren Bedingungen kommen“ könnte „als mit dem Westen“. Vielleicht würden diese jedoch „die sterile Formel von der bedingungslosen Kapitulation noch kategorischer in deutsche Ohren blasen, als es der Westen tagaus tagein inzwischen tat?“ <sup>100</sup>

Dennoch schätzten die Kreisauer die Handlungsspielräume von diesem Zeitpunkt an deutlich realistischer ein als etwa Carl Goerdeler. Sie forderten keinen Führungsanspruch, waren aber von der Notwendigkeit eines gleichberechtigten Mitbestimmungsrechts Deutschlands in einem zusammenge- schlossenen Europa zutiefst überzeugt. Daher forderten auch sie einen gewissen Vertrauensvorschuss, ein Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sowie ein Abwehrrecht gegenüber negativen Einflüssen von außen her ein: Es müsse klar sein, dass Deutschland „die Wendung zu einer echten europäischen Befriedungspolitik aus innerem Entschluß und tatsächlicher Abkehr von der gegenwärtigen Gewaltpolitik vollzogen hat, daß es aber seinerseits bei Vergewaltigung dieses Erneuerungswillens von außen her unter allen Umständen zur Notwehr berechtigt und fähig“ bleibe. <sup>101</sup> Die Kreisauer Pläne für ein „cooperatives Europa“ dürften „nicht unter dem Vorzeichen erzwungener Entmachtung durchgeführt werden“. <sup>102</sup> Militärpolitisch sei dies natürlich notwendig. Doch würden in anderen Bereichen, etwa der Kultur und Verwaltung, etwaige „Erziehungsmaßnahmen“ sicherlich nicht zu „Grundgesinnungen des Friedens“ führen. Die Rückkehr zum Rechtsstaat müsse das deutsche Volk aus eigenem Interesse und Antrieb vollziehen.

99 Tagebucheintrag Hassell (Ebenhausen, 13. August 1941). In: Hiller von Gaertringen (Hrsg.): Die Hassell-Tagebücher (wie Anm. 2), S. 267.

100 Zit. n. Bleistein (Hrsg.): Dossier (wie Anm. 3), S. 239 f.

101 „Zur Befriedung Europas“ [vor Jan. 1943]. In: ebd., S. 252.

102 Ebd., S. 246.

Nicht zuletzt aus Gründen der Selbstachtung müsse den Deutschen das Gefühl der Erniedrigung möglichst erspart bleiben.<sup>103</sup>

Auch der Sperr-Kreis bat die westlichen Alliierten um einen Vertrauensvorschuss, indem er ihnen 1943 die Nachricht vom Bestehen der Widerstandsgruppe als „Auffangorganisation“ zukommen ließ. Sie sei „mit der Praxis, des gegenwärtigen Regimes nicht belastet“. Man kenne sie „als redliche und erfahrene Männer“ und man beabsichtige, „Deutschland vor dem Schlimmsten zu bewahren und die Grundlagen einer neuen Ordnung ohne unnützes neues Blutvergiessen zu schaffen.“<sup>104</sup> Hamm und Geßler setzten somit ihre bereits vor und zu Beginn des Krieges verfolgte Taktik fort, im Ausland als unbelastete deutsche Vertrauensleute wahrgenommen zu werden. Sie bestritten insofern ebenfalls eine Gleichsetzung von NS-System und deutschem Volk.

Für den jüngeren Liberalen Hans Robinsohn stand fest: Das NS-Regime habe „einen wesentlichen Bestandteil des Kapitals jeder auswärtigen Politik völlig zerstört, nämlich das Vertrauen“.<sup>105</sup> Es dürfe nicht erneut zu einem Friedensvertrag à la Versailles kommen. Entsprechend lehnte die Gruppe einen vorzeitigen, von Militärs ausgehandelten Waffenstillstand ab, da man nicht abermals „wehrlose Friedensverhandlungen“ wie 1919 führen wollte.<sup>106</sup> Dagegen kritisierte sie Stimmen, die grundsätzlich das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ aufrechterhalten wollten und insbesondere für Deutschland reklamierten.<sup>107</sup> Hiermit trat die Gruppe in deutlichen Gegensatz zur nationalkonservativen Denkart eines Ulrich von Hassell. Wie dieser sprach sie sich jedoch entschieden gegen die Gleichsetzung von Hitlertum und deutschem Volk aus.<sup>108</sup> Die Verantwortung für die Entstehung des Krieges wies man zwar eindeutig dem NS-Regime zu, wandte sich jedoch zugleich gegen die Zuschreibung einer „Alleinverantwortung“ oder „Vollverantwortung“. Damit einher ging die Ablehnung von überzogenen Reparationsforderungen, wenn auch die Notwendigkeit eines „deutschen Beitrags zur Beseitigung der Kriegsschäden und Kriegsfolgen“ keinesfalls verneint wurde. Doch müssten die Verpflichtungen, die Deutschland eingehen dürfe, „quantitativ wie auch qualitativ so begrenzt und bestimmt sein, daß sie übersehbar“ seien und „nicht mit Sicherheit schwere, das gesamte

103 Vgl. ebd.

104 So beschrieb der bayerische Kronprinz Rupprecht, der maßgeblich an der Entstehung der Widerstandsgruppe mitgewirkt hatte, seine „Mitarbeiter“, auf die er sich als Integrationsfigur an der Spitze Bayerns nach Kriegsende stützen wollte, vgl. Abschrift Memorandum Kronprinz Rupprecht, The National Archives (Kew), FO 371/34458.

105 Denkschrift Hans Robinsohns [Nov./Dez. 1941], abgedruckt als „Dokument Nr. 12“ bei Sassin: *Liberales im Widerstand* (wie Anm. 4), S. 352.

106 Ebd., S. 354.

107 Ebd., S. 349.

108 Vgl. ebd., S. 355. Hierher stammen auch die folgenden Zitate dieses Absatzes.

Europa erschütternde Krisen nach sich ziehen“ würden. Entsprechend sollte die Devise nicht „Wiedergutmachen“, sondern „Besser machen“ lauten, also gemeinsam im Einklang mit den Siegermächten am „Aufbau von etwas Neuem“ arbeiten. Diese Haltung der Robinsohn-Strassmann-Gruppe ähnelte den Gedankengängen des Kreisauer Kreises, der sich ebenso von Beginn an für ein kooperatives Europa einsetzte.

## V. Fazit

Sämtliche exemplarisch behandelte Mitglieder des bürgerlichen Widerstands gegen Hitler setzten sich vor und während des Zweiten Weltkriegs für den Friedenserhalt bzw. den Friedensschluss ein. Sie alle verband die Ablehnung von „Versailles“ und die Hoffnung auf eine Neuordnung Europas, die sich hiervon grundsätzlich abheben sollte. Deutliche Unterschiede existierten derweil in den Friedensvorstellungen, die mit ihren Ideen von einem künftigen Europa und der territorialen Gestalt Deutschlands sowie ihren Positionen im Hinblick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen nach einem erfolgten Friedensschluss einhergingen.

Die dargestellten theoretischen Konzepte und geäußerten Friedensansichten offenbarten vor allem eine divergierende Prioritätensetzung: Während die eine Seite vorrangig die Befriedung Europas und der Welt erörterte, an der ein gleichberechtigtes Deutschland mitwirken sollte, rückte die andere Seite lange Zeit die Befriedigung deutscher Ansprüche, zum Teil deutscher Hegemonialvorstellungen und Großmachtwünsche in den Vordergrund und betrachtete dies als notwendigen Ausgangspunkt für einen dauerhaften Frieden in Europa. Ein Kompromissfriede, und damit ein Entgegenkommen der Westalliierten, wurde von dieser Seite bis weit in den Krieg hinein erhofft, teilweise erwartet.

Und in dieser Prioritätensetzung lassen sich die hier als Beispiele herangezogenen bürgerlichen Widerständler auf Grund ihrer politischen Prägung nicht eindeutig der einen oder der anderen Seite zuordnen. Vielmehr hat der Vergleich der als friedenssichernde Maßnahmen entworfenen Ideen und Konzepte gezeigt, dass die Sozialisation in einem speziellen politischen Lager für bestimmte Friedensvorstellungen innerhalb des bürgerlichen Widerstands gegen den Nationalsozialismus nicht ausschlaggebend war. So ließen sich einige Parallelen zwischen den Vorstellungen Hamms und Geßlers sowie jenen Goerdelers und Hassells feststellen, die ursprünglich unterschiedlichen politischen Strömungen angehörten, sich jedoch im Widerstand, insbesondere im Hinblick auf ihre außenpolitischen Positionen, aneinander annäherten.



Es scheint eher die Generationenzugehörigkeit eine wichtige Rolle für die Ausbildung gewisser Friedensvorstellungen gespielt zu haben. Als ältere Generation im Widerstand gegen Hitler standen Goerdeler, Hassell, Hamm und Geßler unter dem Eindruck von machtsstaatlichen außenpolitischen Denkmustern des ausgehenden 19. Jahrhunderts wie der „Weltpolitik“-Idee und dem „Mitteleuropa“-Gedanken sowie teilweise der in den Jahren der Weimarer Republik aufkommenden „Abendland“-Idee. Allesamt im Kaiserreich politisch sozialisiert, hingen sie seither den großdeutschen bzw. mitteleuropäischen Idealvorstellungen an. Dies erklärt ihr ambivalentes Verhältnis zur frühen NS-Außenpolitik und ihr Festhalten am Ziel einer Befriedigung der deutschen Ansprüche auch angesichts von Hitlers Kriegspolitik.

Im Gegensatz hierzu traten die jüngeren Liberalen Robinsohn und Strassmann ebenso wie die gleichfalls jüngeren konservativ-christlich geprägten Mitglieder des Kreisauer Kreises für eine befriedende, teils utopische, teils zukunftsweisende Neuordnung des europäischen Kontinents ein. Ein kooperatives Europa sollte den Frieden dauerhaft sichern. Sie waren bereit, den Nationalstaatsgedanken zu überwinden, den sie als Gift für eine dauerhafte Friedenssicherung in Europa empfanden.

Einen „anständigen“ und „dauernden“ Frieden hatten alle hier behandelten Widerständler im Sinn, doch verstanden sie hierunter nicht das Gleiche. Auch hätten sie unterschiedliche Wege zur Erreichung dieses Ziels gewählt. Eine liberale Besonderheit bei den Friedensvorstellungen des bürgerlichen Widerstands ließ sich nicht feststellen.

